

Dr. Hans C. Atzpodien
Hauptgeschäftsführer BDSV e.V.

Friedrichstraße 60
10117 Berlin

Vortrag im Rahmen der MS&D-Konferenz am 07.09.2018 in Hamburg

(Originalvortrag in englischer Sprache anhand beigefügter Folien als pdf-Datei)

Sehr geehrte Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

Folie 1/2: Inhaltsverzeichnis

Es ist mir eine besondere Freude und Ehre, zur Eröffnung des Panels zur Naval Technology zu Ihnen sprechen zu dürfen. Allerdings muss ich Sie insofern enttäuschen, als ich im Rahmen meines Themas über European Structured Cooperation gar nicht wirklich zum Thema „Technology“ und auch nur zum kleinsten Teil zum Thema „Naval“ sprechen werde, sondern Sie stattdessen auf eine höhere politische Betrachtungsebene entführen möchte, die eher zu dem Gesamt-Motto der diesjährigen MS&D passt (nämlich „Preparing for future challenges“).

Folie 3/4: Military Expenditure I

Ein wesentlicher Indikator dafür, in welchem Rahmen sich auch die Aussichten für europäische „Structured Cooperations“ bewegen, ist der weltweite Anstieg der Militärausgaben, da sie die gefühlte bzw. reale Aggressions- bzw. Bedrohungslage widerspiegeln. Diese hat sich in der Tat innerhalb des hier betrachteten Zeitraumes (2012-2016) angesichts der Annexion der Krim durch Russland signifikant verändert. Aber auch außerhalb Europas verzeichnen wir im Betrachtungszeitraum teilweise massive Anstiege der Militärausgaben, wie im Fall Chinas, Indiens oder Saudi-Arabiens. Nicht zuletzt ist anzumerken, dass gerade erst im August 2018 Präsident Trump ein nochmals wesentlich angestiegenes Verteidigungsbudget für die USA im Jahr 2019 freigegeben hat, das je nach Betrachtung der Zahlen knapp unter oder sogar über 700 Mrd. US-\$ liegt.

Dies alles zeigt die angestiegenen Unsicherheiten über die bisher etablierten Sicherheits-Architekturen, die erneut angestiegenen Macht-Ambitionen von Mächten wie China und Russland, schließlich aber auch eine insgesamt instabilere Weltlage (verwiesen sei hierzu auf das jüngst erschiene Buch von

Botschafter a.D. Wolfgang Ischinger, dem Chef der Münchener Sicherheitskonferenz, unter dem vielsagenden Titel „Welt in Gefahr“).

Folie 5/6: Military Expenditure II / EU-28 Defence Spending

Auf dieser Folie ergeben sich nochmals die Relationen zwischen Militärausgaben und den jeweiligen GDP's (BIP's) der betreffenden Länder. Etliche Länder – so auch die USA und Russland – geben deutlich mehr als 2% ihres GDP für ihr Militär aus.

Innerhalb Europas liegt Deutschland mit seinen gut 1,2 % in der unteren Hälfte der beteiligten Länder, gehört aber absolut gesehen immer noch zu den Ländern mit den größten Budgets (neben UK und Frankreich).

Folien 7/8/9/10: Game Changers for Europe's Security / Consequences from Annexation of Crimea

Die entscheidenden „Game-Changer“ für Europas Sicherheit in den letzten 30 Jahren waren – wie bekannt – die Ereignisse rund um die deutsche Wiedervereinigung, die Ereignisse nach 9/11 und die Annexion der Krim im Jahr 2014. Letztere stellte einen Bruch der für dauerhaft gehaltenen europäischen Friedensordnung auf Basis von KSZE/OSZE dar und bildete zugleich einen erkennbaren Wechsel in Russlands Strategie gegenüber Europa und der NATO. Die USA haben hierauf u.a. in ihrem „US Nuclear Posture Review“ vom Februar 2018 reagiert. Jüngst wurde das „National Defence Authorization Act for the Fiscal Year 2019“ publiziert, welches die genaue Ausgaben-Autorisierung des US-Kongresses für die Einzelpositionen des von US-Präsident Trump im August unterzeichneten Defence-Haushalts für 2019 bildet. Dort heißt es in Sect. 1248 unter dem Titel „on enhancing deterrence against Russian aggression“ u.a. „...in order to deter and if necessary defeat Russian aggression...“. Dies sind Worte, die an Deutlichkeit über die US-Einschätzung der Sicherheitslage in Europa nicht zu wünschen übriglassen.

Folien 11/12: Revived challenge to NATO / Europe in 2018 under massive pressure

Der Vergleich der Mächte, die sich in Europa gegenüberstehen - bezogen auf die zahlenmäßige Stärke von Truppen und Equipment - belegt augenfällig, dass die Europäer Russland ohne den Schutzschild der USA militärisch-zahlenmäßig nicht paroli bieten können. Dies muss jedermann bewusst sein. Die NATO ist damit unverzichtbar, auch wenn sie an der Südostflanke mit dem Abdriften der

Türkei in ein Zweckbündnis mit Russland und dem Iran (wegen Syrien und dem Kurden-Problem) eine zunehmende Schwachstelle aufweist.

Der Druck, der sicherheitspolitisch auf Europa lastet, bildet sich ab im Porträt der drei Schlüssel-Akteure Trump, Putin und Erdogan.

Folien 13/14/15: Germany's as-is situation and reaction / Germany's reduction of defence spending

Wie das Magazin „Der Spiegel“ schon im Januar 2017 titelte, ist Deutschland nur „bedingt wehrhaft“.

Dies hat seine Ursache bekanntlich in der „Friedensdividende“, wie sie in den Jahren nach der deutschen Wiedervereinigung und der Auflösung der Ost-West-Blöcke realisierbar erschien. Aufgrund dessen wurden die Verteidigungsausgaben in Deutschland dramatisch gesenkt und die Truppenstärke der Bundeswehr von ca. 550 T Mann auf ca. 180 T Mann abgebaut.

Folien 16/17/18: Downsizing of Bundeswehr /Availability of Equipment / Personnel of Bundeswehr

Zugleich wurde die Bundeswehr weitestgehend auf Auslandseinsätze fokussiert, die auch aktuell noch namhafte Kräfte binden (s. Veröffentlichung des BMVg aus 2018).

Dies alles gilt vor dem Hintergrund vergleichsweise niedriger Verfügbarkeitsraten des in der Nutzung befindlichen, vorhandenen Gerätes, wie sie sich aus der Grafik ergeben. Die Ursachen hierfür sind unterschiedlicher Natur: zu wenig Ersatzteilbevorratung, zu wenig vorhandene Mittel, Mängel im Beschaffungsprozess, manchmal auch Engpässe bei der Industrie. Insgesamt aber gilt – u.a. auch nach dem Vorbild anderer Länder –, dass die Verfügbarkeiten deutlich verbessert werden könnten, wenn sich die Bundeswehr hierzu einer breiteren Kooperation mit der (Hersteller-)Industrie öffnen würde.

Ungeachtet dessen muss sich die Bundeswehr (aufgrund des Paradigmenwechsels von 2014) wieder zugleich (und zunehmend) auf die Herausforderungen der Bündnisverteidigung konzentrieren. So muss sie im Jahr 2019 die Führung bei VJTF übernehmen. Auch im Bereich der Enhanced Forward Presence der NATO sind Bundeswehr-Kräfte engagiert.

Folien 19/20/21/22: NATO's Defence spending, responses, reaction to the Crimea annexation / NATO's summit on July 11/12. 2018

Innerhalb der NATO liegt Deutschland mit seinen Verteidigungsausgaben bei Weitem nicht auf der Höhe des versprochenen Niveaus. Die Ausrüstungsbedarfe der Bundeswehr sind aber unbestreitbar groß. Demensprechend hat sich Deutschland nun auch auf den Weg einer deutlichen Erhöhung seiner Verteidigungsausgaben gemacht. Diskutiert werden 1,5 % vom GDP als Zwischenwert im Jahr 2021 (Ende der gegenwärtigen Legislatur) bzw. 60 Mrd. € im Jahr 2024 (Ende der beim NATO-Gipfel von Wales ins Auge gefasst 10-Jahres-Periode zur Erreichung des 2 %-Ziels). Diese Debatte ist jedoch noch im Gange und wird nicht zuletzt von einer breiteren Akzeptanz deutlich ansteigender Verteidigungsausgaben in den Medien und in der Bevölkerung getragen. Als Beispiel sei auch ein Interview mit Bundesverteidigungsministerin Dr. von der Leyen im ARD-Morgenmagazin am 12.07.2018 angeführt, in dem diese gefragt wurde, warum sich die Bundesregierung eigentlich nicht an die in Wales gegebenen 2 % Zusage halte.

Nun zu den Antworten der NATO auf die veränderte Bedrohungssituation und dabei nochmals zu dem Wortlaut des Commitment von Wales im Jahr 2014: Alle NATO-Länder, die damals nicht mindestens 2 % ihres GDP für Verteidigung aufwendeten, sollten ihre entsprechenden Ausgaben binnen 10 Jahren bis 2024 auf diesen Wert anheben und dabei einen Anteil von 1/5 der gesamten Verteidigungsausgaben für Equipment ausgeben. Deutschland lag damals bei ca. 13 %.

Der NATO-Gipfel am 11./12.07.2018 in Brüssel hat in seiner Abschlusserklärung noch einmal eine klare Beschreibung der Bedrohungslage festgehalten, deren Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt. Ferner hat Präsident Trump erklärt, dass er den Verbündeten, die bisher die Erfüllung ihrer Zusagen noch nicht klar genug auf den Weg gebracht haben, deutlich „eingeheizt“ habe. In Deutschland hat dies ganz offensichtlich eine gewisse Wirkung gehabt.

In Relation zur EU ist festzuhalten, dass (nach BREXIT) rd. 80 % der NATO-Budgets von Ländern außerhalb der EU generiert werden (Aussage von NATO-Generalsekretär Stoltenberg am Rande der letzten Münchener Sicherheitskonferenz).

Folien 23/24/25/26: EU responses, defence, Commission, EDA and Member States' initiatives / EDF

Die Ideen einer gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), einer Koordination von nationalen Verteidigungsinvestitionen, des „Poolens“ von Ressourcen sowie einer Reduzierung von Fähigkeits-Lücken bei Unterstützung von Standardisierung und Interoperability gehen bereits auf den Lissabon-Vertrag von 2007 zurück. Allerdings haben diese Ideen erst unter dem beschriebenen äußeren Druck zu einer Konkretisierung gefunden, wie sie im letzten Jahr (2017) in Gestalt des PESCO-Programms (25 Staaten beteiligt und erste 17 PESCO-Projekte) beschlossen wurde (PESCO = „Permanent Structured Cooperation“). Eine weitere Welle von PESCO-Projekten soll im November 2018 beschlossen werden. In der ersten Welle wurden zumindest von deutscher Seite keine Rüstungs-Kooperationsprojekte benannt. Dies soll sich dem Vernehmen nach in der zweiten Welle ändern. Andere Länder haben bereits von vorneherein auch Rüstungsprojekte benannt.

Mehr und mehr vernetzt sich die Benennung von PESCO-Projekten mit dem Prozess des „Capability Development Planning“ (CDP) auf der Plattform der EDA („European Defence Agency“). Zukünftig sollen die Fähigkeitslücken und deren Füllung in einem jährlichen Review-Prozess („Annual Review on Defence“ / CARD) immer wieder aktualisiert werden. Der „European Defence Fund“ (EDF) schließlich stellt eine beträchtliche Fördersumme für Research-, Development und auch für Entwicklungs- und Beschaffungsprojekte (diese aber mit Co-Finanzierung durch die beteiligten Mitgliedsstaaten) zur Verfügung.

Die Entwicklungen rund um diese Programme sowie deren inhaltliche Interdependenzen sind noch nicht voll etabliert; ebenso gilt dies auch für die Rechtsgrundlagen beim EDF, an denen derzeit intensiv gearbeitet wird.

Hürden für die europäische Kooperation sind die nach wie vor unterschiedlichen nationalen Strategien (u.a. auch im Umgang mit den eigenen wehrtechnischen Kompetenzen) sowie unterschiedliche Anforderungen und Maßstäbe für den späteren Rüstungsexport.

Die Mittel, die die EU selbst für den EDF (und dessen Vorläuferprogramm „Preparatory Action“/ „European Defence Industry Development Programme“) bereit stellt, sind durchaus nicht unbedeutend: Allein für den Zeitraum von 2021 bis 2027 handelt sich um 13 Mrd. € aus dem EU-Haushalt; mit Co-Finanzierung durch die Mitgliedsstaaten steht jährlich ein Betrag von rd. 5 Mrd. € zur Verfügung, allerdings unter der Ober-Regie der EU-Kommission.

Folien 27/28: EU home-made risks / German defence industry recommendations

Ein kürzlich veröffentlichtes Interview mit dem italienischen Innenminister Salvini („Der Spiegel“ vom 23.06.2018) führt allerdings zu Zweifeln, was die angesichts der Flüchtlingsdebatte noch verbliebenen Kohäsionskräfte der EU-Länder anbetrifft. Man kann sich angesichts der Aussagen Salvinis zu den Aussichten der EU fragen, ob aus einer solchen Situation noch genügend Kraft zur Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigung generiert werden kann (zumindest, wenn diese Kooperation über bi- oder trilaterale Ansätze hinausreichen soll). Alternativ könnte sich das Thema der militärischen und rüstungspolitischen Zusammenarbeit mehr in die NATO verlagern.

Empfehlungen aus Sicht der deutschen Verteidigungsindustrie sind insbesondere:

- Wirkliche Kooperation im Sinne der Verständigung auf eine einheitliche Gerätespezifikation sollte bei einem entsprechenden Wunsch der Militärs ihren Startpunkt haben.
- Auf dieser Basis wird sodann vor allem der entsprechende politische Wille der beteiligten Nationen eingefordert, die sich auf ein Land als „Lead-Nation“ verständigen sollten.
- Große Leuchtturmprogramme wie FCAS („Future Combat Air System“) oder MGCS („Main Ground Combat System“) entwickeln sich ausgehend von einer bilateralen Einigung zwischen Deutschland und Frankreich (und sollten erst später andere beteiligte Länder involvieren, um die Komplexität nicht von Anfang an zu stark zu erhöhen).
- PESCO, CDP, CARD und EDF sollten sich im Wesentlichen als Support-Programme verstehen, deren Verbindung untereinander stimmig ausgestaltet und implementiert werden sollte.
- Eine Harmonisierung von Regelwerken, Anforderung und Exportkontrollbestimmungen bleibt eine wesentliche Grundlage für erfolgreiche Rüstungskooperationsprojekte.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.